

„Inhalt geht vor Betriebswirtschaft“

Ein Gespräch mit Dr. Ulrich Bausch über relative Armut, digitale Pubertät und die Verantwortung vor der Schöpfung

Was war der ungewöhnlichste Kurs, der es an Ihrer Volkshochschule (VHS) ins Programm geschafft hat?

Dr. Ulrich Bausch: Was vielleicht ungewöhnlich ist, ist das Programm „Omnibus“ – ein Angebot, das wir in der Flüchtlingsarbeit machen. Wir waren der Meinung, dass es nicht sinnvoll ist, erst die Sprache zu lernen und dann eine Qualifizierung für den Beruf anzubieten. Bildlich gesprochen: Die Begriffe „Pinsel“ oder „Kelle“ lerne ich leichter, wenn ich Pinsel oder Kelle in der Hand halte. Also was machen wir? Wir haben uns mit dem Jobcenter, der Stadt, dem Reutlinger Einzelhandel, mit Pflegebetrieben und einem großen Handwerksbetrieb zusammengetan und unterrichten die Sprache begleitend zur Frage: In welchen Bereichen können sich Flüchtlinge beruflich engagieren? Das ist ein Assessment. Sind sie geeignet für den Einzelhandel oder für die Schreinerarbeiten oder eher für den Trockenausbau? Das läuft sehr, sehr gut und führt dazu, dass aus dieser Arbeit heraus Betriebe Geflüchteten eine Zusage geben zum Praktikum oder zu einer Lehrstelle. Es ist kein altruistisches Programm: Die Privatwirtschaft braucht Arbeitskräfte, und wir wollen unseren Beitrag dazu leisten, dass Geflüchtete möglichst schnell mit ihren Kompetenzen in den Arbeitsmarkt integriert werden können.

Auch wenn Akademie und VHS zwei unterschiedliche Einrichtungen sind: Gibt es etwas, das die Akademie von Ihnen lernen kann?

Ich glaube nicht, dass wir zwei völlig verschiedene Einrichtungen sind. Die Akademie vertieft das, was bei uns geschieht. Bei der VHS findet Allgemeinbildung statt. Wir sind diesbezüglich der einzige Träger in der Erwachsenenbildung mit aktuellen politischen Themen. Warum? Weil diese aktuellen politischen Themen in der Regel defizitäre Angebote sind. Kein normaler Anbieter macht das, er würde nur draufzahlen. Auch die Akademie zahlt, rein betriebswirtschaftlich gesehen, drauf – aber das soll sie ja. Das ist etwas, was man in der innerkirchlichen Diskussion gar nicht oft genug sagen kann: Wenn wir als Kirche den Anspruch haben, dass unsere Angebote sich rechnen, dann müssten wir als erstes die Gottesdienste schließen, und das wäre der falsche Ansatz. Wir sollten als erstes fragen, was wollen wir für diese Gesellschaft tun? Was in der Seelsorge, im Gemeindeaufbau? Und als zweites sollten wir als Kirche überlegen: Wie finanzieren wir das? Kirchliche Arbeit heißt, Inhalt geht vor Betriebswirtschaft. Das unterscheidet uns von einem kommerziellen Unternehmen. Insofern sind Volkshochschulen und Akademiearbeit sich sehr ähnlich.

Das sehen nicht alle so.

Ich beklage, dass in unserer innerkirchlichen Diskussion häufig doch das Primat der Betriebswirtschaft verlangt wird, und die Akademie vor der Herausforderung steht, dass der „Hotelbetrieb“ sich rechnen muss. Ich halte das für eine gefährliche Diskussion, weil sie nicht zuvörderst die Frage stellt: Was müssen wir in dieser Gesellschaft tun, damit konkrete politische, gesellschaftliche, ökologische Fragestellungen im Lichte des Evangeliums bearbeitet werden? Welchen Beitrag können wir dazu leisten, damit die Welt tatsächlich auch ein Stück weit besser wird, damit wir unseren Kindeskindern keine geplünderte Müllhalde überlassen?

Wir haben Verantwortung vor der Schöpfung, wir haben Verantwortung vor den Menschen. Kirche hat immer einen sozialen Auftrag, aber selbstverständlich auch einen Friedenauftrag, und diesem können wir nur gerecht werden, wenn wir uns mit Details befassen, wenn wir uns auf die Komplexität der Gegenwart einlassen. Dazu braucht es eine Akademie. Das muss möglich sein, das muss finanziert werden und erst dann sollte man sich die Frage stellen: Okay, welche Mittel haben wir zur Verfügung?

Insofern haben Volkshochschulen und Akademiearbeit sehr viel gemein, und ich denke, beide könnten noch sehr viel mehr kooperieren, zum Beispiel bei einem Thema, das viele Volkshochschulen im Moment bewegt: die komplexe Auseinandersetzung zum Nahostkonflikt.

Im Oktober veranstalten wir die Tagung „Gewalt(ige) Bilder – Die Wahrnehmung des Nahen Ostens“. Welchen Aspekt würden Sie auf einer Tagung näher beleuchten wollen?

Für uns alle ist es selbstverständlich, dass die Sicherheit des Staates Israel Staatsraison ist, und wir ein Interesse an einem sicheren Israel haben. Aber viele sagen, dass das nicht ausreicht. Es muss auch darum gehen, dass Menschen in Israel angstfrei leben. Ein Ansatz, der weit über die militärische Sicherheit hinaus geht.

Wenn wir wirklich wollen, dass Menschen in Israel angstfrei leben können, dann gehört auch dazu, dass die Nachbarn, die Palästinenser und die Menschen der umliegenden Länder ohne Angst leben können. Ich bin sicher, dass die Politik, die in den besetzten Gebieten im Moment durchgeführt wird, kontraproduktiv ist, letztendlich Spannungen verschärft und damit natürlich auch die Angst vor Attentaten schürt. Damit möchte ich nicht sagen, dass Israel verantwortlich ist für Terrorismus. Aber ich bin der festen Überzeugung, dass sich die Politik in den besetzten Gebieten ändern muss, damit eine langfristige Friedenslösung möglich wird. Das setzt den Dialog voraus. Und viele in der Volkshochschullandschaft, die diesen Ansatz fordern und die glauben, dass wir mehr Miteinander, mehr Partnerschaft in Nahost brauchen, sehen sich mit Antisemitismuskonfrontationen konfrontiert. Deswegen sind im letzten Jahr viele Veranstaltungen verboten worden. Da auch die Akademie ein Haus des Dialogs ist, ist es nötig, dass hier nicht die eine Seite determiniert, welche Veranstaltung stattfindet. Das Miteinander, das Zueinander, gerade auch in der Kontroverse, dürfen nicht von einer Seite verboten werden. Das ist ein Problem, das wir in der kirchlichen Landschaft erleben, aber auch in der Akademiearbeit wie in Tutzing. Das erleben wir im Moment an fast allen Volkshochschulen, die sich mit diesem Thema befassen. Insofern haben wir auch ein gemeinsames Interesse, dass es in unserer Demokratie im friedlichen, respektvollen Miteinander möglich sein muss, dass um den richtigen Weg gerungen wird.

Bei Ihnen wurde auch versucht, Nahost-Veranstaltungen zu verhindern?

Es ist gar nicht lange her, da zeigte ich eine Ausstellung auch im Nahostkontext, und das führte zu Antisemitismuskonfrontationen. Es gab Eingaben an Stadträte, Beschwerden auf Landesebene. Uns wurde vorgeworfen, gefährliche Dinge zu tun. Die Beschwerden hatten keine Folgen, denn wir haben das gemacht, was wir für richtig hielten. Aber ich weiß von anderen Volkshochschulen, die Veranstaltungen absagen mussten.

Es ist völlig in Ordnung, wenn eine Organisation wie die Deutsch-Israelische Gesellschaft Briefe schreibt, um ihre Meinung vertreten. Die Deutsch-Israelische Gesellschaft hat im Haus der Volkshochschule in Reutlingen auch einen festen Platz, und sie ist mit mehreren Angeboten in jedem Semester vertreten.

Was manchen aber misfällt ist, dass ich dafür Sorge, dass auch andere Perspektiven zu Wort kommen. Denn ich denke, dass das unser Auftrag ist: Dafür zu sorgen, dass eine Konfliktlage tatsächlich aus allen Perspektiven heraus beleuchtet wird, damit das beste Argument letztendlich gewinnt.

Wir sind nicht dazu da, unsere Zeit mit irrelevanten Harmlosigkeiten zu verbringen. Es ist ja schön, dass die Welt nicht nur aus Grauenhaftem und Schlechtem besteht. Aber wir in der politischen Bildung und in der Akademiearbeit sind dafür da, die bessere Alternative zum Bestehenden zu suchen und einen Beitrag zur Konfliktlösung zu leisten. Und das bedeutet, dass man immer bei Interessenkonflikten landet, dass man immer auf Widerstand stößt. Das gehört zum Tagesgeschäft, und wer dazu nicht bereit ist, sollte keine Akademiearbeit machen und auch keine Volkshochschule leiten. Das ist unser Auftrag, und die Kirche muss sich bewusst sein, dass die Nachfolge Jesu keine harmonische Veranstaltung ist, sondern immer in Konflikte mündet.

Sie kennen die Akademie seit Ihrer Kindheit. Waren die Tagungen früher diskursiver?

Das scheint so. Wenn wir uns vor Augen führen, welche patriarchalisch-hierarchische Gesellschaft wir in Deutschland damals hatten, als Rudi Dutschke auftrat: Damals gab es noch die Hausfrauenehe. Mit der Unterschrift unter den Ehevertrag hat sich eine Frau zu hundert Prozent dem Mann unterworfen. Der Mann hatte den Besitz, der Mann hatte das Geld, der Mann hatte das Recht, darüber zu

entscheiden, ob eine Frau arbeitet oder nicht. Das wurde erst im Juli 1977 abgeschafft. Als Rudi Dutschke hier auftrat, ging das wie ein Donnerhall durch Deutschland – wie kann ein solch langhaariger, kommunistischer Gämmler in Bad Boll auftreten?

Rückblickend betrachtet, kann man vielleicht sagen, dass die Akademie damals mehr Mut hatte. Aber der Vergleich hinkt, weil die Aufreger heute anders aussehen. Wir haben eine wesentlich tolerantere Gesellschaft, wir haben jetzt sogar die Ehe für alle, wir haben in vielen Bereichen heute das realisiert, was damals in den 60er Jahren gefordert worden war. Die Gesellschaft hat sich ein Stück weit entspannt, ist liberaler, auch freier geworden. Die Konfliktlinien haben sich verändert.

Wir haben heute auch keine absolute Armut in Deutschland, wir haben relative Armut, aber wir erleben doch, dass beispielsweise elf Millionen Menschen im Niedriglohnsektor arbeiten. Wenn diese Menschen in wenigen Jahren in den Ruhestand gehen, wird aber niemand in der Lage sein, für sie die Miete zu zahlen. Heute laufen wir in Konflikte hinein, deren Folgen noch kaum jemand absehen kann. Es ist deswegen auch schwerer, diese so zu thematisieren, dass sie in der ganzen Tragweite bewusst werden.

Außerdem hatten wir damals ein oder zwei, später kam ein dritter Fernsehsender dazu – eine relativ lineare mediale Welt mit wenigen marktbeherrschenden Zeitungen. Niemand konnte sich den dort geführten Diskursen entziehen. Heute haben wir ein gegenteiliges Problem. Jeder ist irgendwie mit seinem Medium unterwegs, ob auf Twitter, Instagram, Facebook oder Whatsapp. Und das führt zu einer nahezu geschichtsvergessenen Gegenwartsfixierung. Die Leute sind so damit beschäftigt, nichts davon zu verpassen, was in den letzten fünf Minuten geschehen ist, dass das Nachdenken in historischen Kontexten häufig auf der Strecke bleibt. Die digitale Pubertät, in der wir uns gerade immer noch befinden, führt zu einer Fixierung auf Oberflächlichkeiten. Dadurch wird nicht mehr in der Tiefe diskutiert. Das hat dazu geführt, dass die Allgemeinheit bestimmte Veranstaltungen in Bad Boll nicht mehr besucht. Die Akademie konzentriert sich meiner Meinung nach deswegen zurecht darauf, mit Interessengruppen, mit Organisationen und mit Vertretern der Zivilgesellschaft zusammenzuarbeiten. So kann sie ihnen ein Forum zu bieten, um sich weiterzuentwickeln.

Wie kann die Akademie auf die kommunikativen Veränderungen reagieren?

Ich glaube, dass wir in der Akademie im Moment zu wenig Studienleiter haben. Ich denke, der Problemdruck gewaltig ist. Es ist für uns als Kirche eine große Herausforderung, mit Veranstaltungen, bei denen sich Interessengruppen begegnen können, in die Gesellschaft hinein zu wirken. Tagungen, in denen unterschiedliche politische Positionen aufeinandertreffen und ein Ausgleich entstehen kann. Ich glaube, das ist notwendiger denn je. Denn vieles deutet darauf hin, dass im Moment unsere Problemlösungskompetenz innerhalb der Gesellschaft abnimmt.

Die Armut steigt, und wir haben nicht wirklich ein Konzept dagegen. Die Industrie 4.0 wird eine gewaltige Menge an Arbeitsplätzen kosten, und wir haben keine Antwort darauf. Es ist aber ganz klar, dass sich das innerhalb der nächsten vier, fünf Jahre gesellschaftlich bemerkbar machen wird. Der demografische Wandel wird Altersarmut hervorbringen. Diese Probleme wachsen, und ich sehe auch noch nicht, dass wir wirklich Antworten auf den Klimawandel oder auf die Abgasproblematik gefunden hätten.

Wir brauchen Orte der Nachdenklichkeit, Orte des Vermittelns. Wir brauchen, und das wäre mein Wunsch auch an die Landeskirche, eine besser ausgestattete Akademie, die als landeskirchlicher Thinkthank genutzt wird. Ich würde mir wünschen, dass die Landeskirche die Expertise der Akademie auch in landeskirchlichen Diskursen stärker zu nutzt.

Es kann nicht sein, dass man Bad Boll kritisiert, weil es hier zu viele „Fremdtagungen“ gibt. Diese sind ja offensichtlich notwendig, um die Akademie zu finanzieren. Gleichzeitig wundert man sich aber darüber, dass das kirchliche Profil des Hauses verwässert wird. Ich würde mir auch ein stärker christliches Profil der Akademie wünschen – in ganz unterschiedlichen politischen Diskursen. Dazu ist es aber nötig, dass die Akademie nicht gezwungen wird, das Haus Dritten zur Verfügung zu stellen, um sich zu finanzieren. Ich halte die Akademie für eine sehr wertvolle Einrichtung der Landeskirche. Sie ist ein Schatz, der gehütet und gepflegt werden muss.

Zur Person

Dr. Ulrich Bausch

- Geschäftsführer der Volkshochschule Reutlingen GmbH,
- 2007 als Mitglied des Konvent der Akademie berufen und zum 2. Vorsitzenden gewählt. 2013 wurde der Konvent durch die Beiräte abgelöst. Als Vorsitzender des Beirats im Themenbereich Gesellschaft, Politik, Staat gehört Bausch dem Kuratorium der Akademie an.
- Sohn des früheren Akademiedirektors Christoph Bausch